

# Dem Leid gerecht werden

Damit sich Täter- und Opfergesellschaften gleichzeitig erinnern können, brauchen wir ein Gedenkensemble in der Mitte Berlins.

Von Peter Oliver Loew und Uwe Neumärker

Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen prägen weiterhin die deutsche Erinnerungslandschaft. Zugleich schwindet das Wissen um den Krieg, je größer der zeitliche Abstand zu den Jahren zwischen 1939 und 1945 wird. Bestehende Gedenkstätten halten Erinnerung wach und weisen in die Gegenwart. Aber es müssen auch fünfundsiebzig Jahre nach Kriegsende dort neue Zeichen gesetzt werden, wo sie fehlen.

Eine solche Leerstelle sind deutsche Besatzungsherrschaft und Vernichtungskrieg in Europa. Seit dem Morgengrauen des 1. September 1939, als die deutsche Luftwaffe die wehrlose polnische Kleinstadt Wieluń bombardierte und wohl rund 1200 Menschen ihr Leben verloren, überzog Deutschland unseren Nachbarn Polen mit einem Terrorregime, das die Auslöschung des polnischen Staates zum Ziel hatte. Als am 22. Juni 1941 das Dritte Reich die Sowjetunion überfiel, weitete sich dieser Vernichtungskrieg vor allem auf die Ukraine, auf Belarus und auf russischen Boden aus.

Abermillionen von Menschen starben in ihren Dörfern und Städten, in Konzentrations- und Vernichtungslagern, als Zwangsarbeiter oder Kriegsgefangene. Weitgehend auf polnischem Boden fand zudem der Massenmord an den Juden Europas durch Giftgas statt. Diese Verbrechen, aber auch die deutsche Herrschaft in Ländern wie Griechenland, den Niederlanden oder im zerstückelten Jugoslawien (insbesondere in Serbien) werden in Deutschland nur fragmentarisch wahrgenommen. Selbst wenn es etwa Denkmäler für die ermordeten Juden sowie für die Sinti und Roma Europas im Herzen Berlins gibt, so fehlt ein markantes Zeichen des Erinnerns für die zivilen Opfer in den zwischen 1939 und 1945 deutsch besetzten Ländern und Gebieten. Auf eine solche Geste der Bundesrepublik warten die Angehörigen der Opfernationen.

Aber wie angemessen an deutsche Verbrechen, ihre Opfer und die hervorgerufenen Traumata in Europa erinnern, wenn die Gewalterfahrungen so vielschichtig, so unterschiedlich sind? Schon seit Jahren gibt es hierzu Vorschläge. Diese Zeitung berichtete zuletzt in einem Beitrag von Martin Schulze Wessel über die Notwendigkeit, an polnische Opfer, aber auch an Ukrainer oder Russen zu erinnern (F.A.Z. vom 27. Juni). Er reagierte damit auf den Konsensvorschlag des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt und der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas (kurz: Stiftung Denkmal, F.A.Z. vom 10. Juni).

Der Begriff „Konsensvorschlag“ legt nahe, dass hier zwei unterschiedliche Positionen zusammenkommen. Tatsächlich haben unsere beiden Einrichtungen, die bis dahin mit gegensätzlichen Projekten in Verbindung gebracht wurden, versucht, zusammenzudenken, was verkürzt als „Polendenkmal“ und „Dokumentationszentrum Besatzungsherrschaft“ bekannt wurde. Letzteres hat seinen Ursprung in verschiedenen Initiativen, etwa von Peter Jahn, dem ehemaligen Direktor des Deutsch-Russischen Museums in Karlshorst, der 2013 zur Schaffung eines „Orts der Erinnerung an die Opfer der NS-Lebensraumpolitik im Osten“ aufrief. Ende November 2019 schlug im Namen der Stiftung Denkmal deren Beiratssprecher Wolfgang Benz die Schaffung eines „Dokumentationszentrums über die deutsche Besatzungsherrschaft in Europa von 1939 bis 1945“ vor, die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann sowie die Historiker Martin Aust und Heinrich August Winkler äußerten sich im Frühjahr 2020 ähnlich.

Ein Polendenkmal hatte vor Jahren schon Władysław Bartoszewski ange-regt, selbst KZ-Häftling, später Oppositioneller, Deutschland-Freund und polnischer Außenminister. 2017 plädierte Florian Mausbach, ehemaliger Präsident des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, mit prominenten Mitstreitern dafür. Sie forderten auf dem Askanischen Platz in Berlin-Kreuzberg, vor der Ruine des Anhalter Bahnhofs, ein sichtbares Zeichen der Versöhnung gegenüber Polen. Unter seinem damaligen Direktor Dieter Bingen vom Deutschen Polen-Institut vorangetrieben, wurden die Vorstellungen im Laufe der Zeit um eine Dokumentation deutscher Verbrechen in Polen und eine Bildungseinrichtung ergänzt.

An Kritik mangelte es nicht: Während den Anhängern des Polendenkmals eine „Nationalisierung des Erinnerns“ vorgeworfen wurde, kritisierte man die Anhänger des Dokumentationszentrums dafür,

polnisches Leid – und überhaupt nationale Diskurse – in einer postnationalen Gesamtschau relativieren zu wollen.

Beide Projekte schienen sich gegenseitig zu blockieren. Daher suchten wir nach Schnittmengen zwischen unseren Vorstellungen und entwickelten den Vorschlag eines Ensembles aus symbolischem Gedenken, Dokumentation und Bildung. Ein Bestandteil wäre ein Gedenkort, der sowohl Polen, dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 als auch den Opfern deutscher Besatzung bis 1945 gewidmet wäre. Einen solchen Erinnerungsort gibt es in Berlin bislang nicht. Er könnte relativ zügig als erster Bestandteil des „Gedenkens ensembles“ an einem „Platz des 1. September 1939“ entstehen.

Eine Dokumentation hatten beide Initiativen vorgesehen – für die einen war klar, dass zu den Besatzererfahrungen in Europa die Tragödie Polens gehöre, für die anderen verstand sich von selbst, dass das Leid Polens nur in einer vergleichenden Darstellung verständlich und für das – zuvorderst deutsche – Zielpublikum zugänglich werden würde. Als dritte Ebene schlugen wir zivilgesellschaftliche Bildungseinrichtungen vor, die sich einzelner Opfergruppen annehmen würden, um als „Denkmal in Aktion“ an Polen, aber auch an Ukrainer oder Griechen erinnern zu können.

Unser Vorschlag fand viel Zustimmung – quer durch die Fraktionen, aus dem In- und Ausland. Auch an scharfer Kritik fehlte es nicht. Eine Reihe von Fragen ist noch nicht geklärt: Könnte ein „Denkmal an Polen und Kriegsbeginn“ gleichzeitig anderen Nationen und Gruppen als Ort des Gedenkens dienen? Oder müsste man nicht vielmehr weitere Möglichkeiten des Gedenkens schaffen? Mit einem Hain oder einem Raum des Erinnerns? Oder indem man die Klammer des „Gedenkens ensembles“ schließt, mit einem zweiten symbolischen Zeichen, das an das Kriegsende am 8. Mai 1945 und die Opfer des Kriegs erinnert? Wie trägt man der Tatsache Rechnung, dass die Sowjetunion am 17. September 1939 in Ostpolen einmarschierte und ihrerseits ein Unterdrückungsregime etablierte, während sie dann 1941 selbst angegriffen und vom Täter zum Opfer wurde?

Es zeigte sich, dass die Darstellung in einem Dokumentationszentrum in mehreren Strängen verlaufen müsste – einerseits chronologisch, wobei den einzelnen Besatzungs- und Terrorkomplexen jenseits der deutschen Grenzen von 1937 eigene Kapitel oder Räume gewidmet sein sollten, andererseits aber auch im Querschnitt, um etwa rassisch begründetes Vorgehen gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen, Widerstandsstrukturen oder auch die sehr unterschiedliche einheimische Mitwirkung an der Besatzungswirklichkeit zur Geltung bringen zu können.

Deutlich wurde auch, dass das Dokumentationszentrum die Erinnerungsgeschichte präsentieren müsste, also die Art und Weise, wie in den einzelnen Ländern und Öffentlichkeiten seit 1944/45 an die Besatzungszeit erinnert wird. Dafür bedarf es einer sorgfältigen Diskussion mit Experten aus den betroffenen Ländern und Gebieten.

Die deutsche Besatzung zwischen 1939 und 1944/45 hatte in allen Ländern und Gebieten einschneidende Auswirkungen auch auf die Jahrzehnte nach dem Krieg. Dieser historischen Verantwortung muss sich Deutschland auch in Zukunft stellen. Wechselausstellungen und Bildungsangebote könnten Schlaglichter auf einige der vielen Geschichten werfen, die erzählt werden müssten – oft tragische Geschichten, aber auch Geschichten des erfolgreichen Widerstands und mutiger Aufstände wie in Warschau 1943 und 1944, von Gesten der Menschlichkeit inmitten des großen Mordens und vom letztlichem Sieg über die deutschen Besatzer. Allerdings bedeutete diese Befreiung für Ostmittel- und Südosteuropa oft den Beginn einer neuen, der sowjetischen Fremdherrschaft.

Wir setzen auf ein eindrucksvolles, zugleich reflektiertes und ausgewogenes Gedenkensemble in der Mitte Berlins. Es soll in die deutsche Gesellschaft hineinwirken, aber auch in die vielen europäischen Opfergesellschaften ausstrahlen. Es soll – Putins Geschichtspolitik zum Trotz – gegenwärtigen, dass der Zweite Weltkrieg am 1. September 1939 durch das Zusammenwirken Hitlers und Stalins mit der Zerstörung der Republik Polen begann, den bis zu sechs Millionen zivilen Opfern Polens, aber auch den bis zu fünfzehn Millionen zivilen Opfern der Sowjetunion gerecht werden. Und es soll künftige Generationen darüber aufklären, in welchem Ausmaß Europa unter der deutschen Besatzung während des Zweiten Weltkrieges gelitten hat. Als Dokumentations-, Lern- und Begegnungszentrum in der deutschen Hauptstadt wird es Dialog, Wissen und Verständnis fördern und Grundlagen für eine Zukunft Europas legen, in der keine Zeitzeugen mehr vom Krieg berichten können.

**Peter Oliver Loew** ist Direktor des Deutschen Polen-Instituts und Honorarprofessor an der Technischen Universität Darmstadt. **Uwe Neumärker** ist Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas.